

Gegendarstellung:

Die FDP-Büren begrüßt jede Neueröffnung und Niederlassung von Gewerbebetrieben in unserer Stadt. Ein großes Angebot unterschiedlicher Gewerbe auf Basis einer freien Marktwirtschaft ist die Grund-DNA einer jeden Kommune. Allerdings betonen wir dass auch der freie Wettbewerb durch Gesetze beschränkt ist, damit gewährleistet ist dass ein jeder Gewerbetreibende unter gleichen Voraussetzungen wirken kann. Dies beinhaltet dass keine Sonderregelungen dazu führen dass aus kommunalen Entscheidungen Gefahr für Mensch und Umwelt entstehen können und dass andere Gewerbetreibende durch Ausnahmeentscheidungen in ihrem Tun behindert werden.

Alles andere ist in unseren Augen eine Planwirtschaft in der allein die Obrigkeit das Angebot steuert. Von Methoden einer Planwirtschaft oder einem Flickenteppich an Ausnahmeerlaubnissen und -beschränkungen distanzieren wir uns als FDP-Büren aufs energischste.

Die umgehende Recherche dass eine Tempo-30 Zone in Gewerbegebieten nicht möglich ist zeugt von guter Reaktionszeit sowie Fachkompetenz unseres Ordnungsamtes, welches bereits Teile unserer beispielhaften Möglichkeiten unseres Prüfantrags auf Plausibilität kontrolliert zu haben. Wir sind gespannt inwieweit abgeschrägte Bordsteinkanten und ein Schotterstreifen hangseitig zur Werkstraße seitens der Verwaltung umsetzbar sind.

Für die erste Maßnahme der Stadtverwaltung zur Verbesserung der verkehrlichen Situation in der Werkstraße möchten wir uns bedanken. Doch stellen wir fest, dass dies nur der erste Schritt sein kann und noch weitere folgen müssen um die immer noch angespannte Verkehrslage der Werkstraße, auch zu Hauptgeschäftszeiten, in den Griff zu bekommen, bzw. so zu entschärfen dass ein problemloser Werks- und Kundenverkehr gewährleistet wird und somit die Sicherheit unserer Bevölkerung nicht aufs Spiel gesetzt wird. Denn Sicherheit hat Vorrang vor Ausnahmeregelungen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Zufahrtsschwernis zur Praxisklinik Dr. Wagner und temporäre Einbahnstraßenregelung im Bereich der Rettungswache um einem der dortigen Anliegern keinen Industrieverkehr zuzumuten. War dies nur eine Einzelfalllösung oder gilt dieser erweiterte Handlungsspielraum auch für die Werkstraße?

Weiterhin besteht dort das Problem dass Autos in der flach gezogenen Kurve zwischen Marktkauf und Aldi-Parkplatz, oft mit einigem Abstand zum Bordstein parken, so dass die Fahrbahn noch weiter verengt wird. Dazu kommt noch die eingeschränkte Sicht in die Kurve durch den Zaun am Toom-Gelände und die Frage der Haftung wenn der Privatweg der Familie Broer – „kalt enteignet“ – zur Rechtfertigung einer Ausnahmeregelung missbraucht wird. Durch die erhöhte Verkehrsfrequenz des Privatweges steigt auch hier die Unfallgefahr aufgrund von Einkäufern des Aldis, Weihs und Kindern der Sportschule die sich auf diesem Weg zu Fuß – zwischen dem fließenden Verkehr – bewegen.

Die FDP-Büren hat bereits vor sechs Monaten, vor Beantragung der Nutzungsänderung, vorgeschlagen den Stellflächennachweis „auf dem kleinen Dienstweg“ zur Zufriedenheit aller Beteiligten realistisch zu klären. Man kann sehr wohl – entgegen der Aussage der Ratssitzung vom Dezember – als Rat Einfluss auf städtebauliche Aspekte nehmen. Aus diesem Grunde war der Punkt auf der Tagesordnung und eine Aussage dass „lediglich der Kreis Paderborn entscheidet“ als schlichtweg einseitig zu bezeichnen. Somit wurden dem Rat, seitens der Verwaltung und des Ausschussleiters, nicht alle notwendigen Informationen und Möglichkeiten gegeben die zu einer vernünftigen und der Nutzungsrealität entsprechenden Organisation des Gewerbegebiets – notwendig gewesen wären.

Im Dezember wurde nochmals von einem Ratsmitglied der Opposition in einer Ausschusssitzung sogar mehrfach darauf hingewiesen dass diese Lösung „nur Verlierer schafft“ und man dies nicht ignorieren darf. Wir wiederholen dass die Stadt Büren für ihren „ruhenden Verkehr“ verantwortlich

ist und das Missachten von Gestaltungsmöglichkeiten kein Zeichen guter Ausschussleitung ist. Des Weiteren raubt dies Vertrauen in die Kompetenz sowie den Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit wenn Vorschläge ignoriert und deren Redner belächelt werden. Wir erwarten von der Verwaltung dass in Zukunft eine jede Fraktion allumfassend über mögliche Gestaltungsspielräume informiert wird.

Wir haben nach dem Erscheinen unseres Antrags in der öffentlichen Presse immensen Zuspruch aus der betroffenen Bürener Bevölkerung erhalten und können uns daher nicht vorstellen, dass sich bisher keine Bürger bei der Verwaltung beschwert haben. Es ist uns bekannt dass im Dezember 2018 und im Januar schriftliche Beschwerden über die vollzogene Lösung an die Stadt Büren gerichtet wurden.

Es sollte jedoch weiterhin daran gearbeitet werden hier eine für alle tragbare Lösung zu finden und auch umzusetzen. Somit wünsche ich uns allen dass:

- Der politische Umgangston wieder zu einem fraktionsübergreifenden, konstruktiven Miteinander zurückfindet.
- Bei jeder Aufgabenstellung möglichst ALLE in Frage kommenden Varianten zumindest angesprochen werden dürfen und dann eine Bewertung aller sachlichen PRO und KONTRA-Argumente stattfindet um abschließend eine fundierte und gültige Entscheidung herbeizuführen.
- Dass das Gemeinwohl aller Bürener Bürger und deren Ortsteile immer erstrangig im Fokus steht.